

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses der Stadt Lüdenscheid

am 06.09.2017

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsherr Jens Holzrichter FDP

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Otto Bodenheimer Grünen	Bündnis 90/Die Grünen	
Ratsfrau Ingrid Fischer	CDU	Vertreterin für Ratsfrau Britta Rogalske
Ratsfrau Dr. Antje Heider	CDU	
Ratsfrau Karin Hertes	SPD	
Ratsherr Steffen Kriegel	SPD	Vertreter für Ratsherrn Gordan Dudas
Ratsfrau Susanne Mewes	CDU	
Ratsherr Michael Meyer	CDU	
Ratsherr Bernd Schildknecht	SPD	Vertreter für Ratsfrau Sandra Manß
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn	CDU	
Ratsfrau Heide-Marie Skorupa	SPD	
Ratsherr Michael Thielicke	SPD	
Ratsherr Michael Thomas-Lienkämper	DIE LINKE.	
Ratsherr Jens Voß	SPD	Vertreter für Ratsherrn Fabian Ferber
Ratsherr Hansjürgen Wakup	CDU	
Herr Horst Eick	SPD	
Herr Richard Oettinghaus Lüdenscheid	Alternative für Lüdenscheid	
Herr Dominik Petereit	FDP	

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Thomas Funk	Fraktionslos
Herr Martin Komau	Fraktionslos

Verwaltung:

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Dr. Karl Heinz Blasweiler
Beigeordneter Thomas Ruschin
Herr Martin Bärwolf
Herr Christian Hayer
Herr Frank Kuschnitz

Herr Dieter Rotter
Herr Christian Vöcks
Herr Martin Walter
Herr Edgar Weinert
Herr Dirk Aengeneyndt
Frau Sabrina Bräucker
Herr Martin Haase
Frau Brigitte Linnepe
Herr Holger Moeser
Herr Jörg Weber
Herr Janis Weiland

Schriftführung:

Frau Birgit Stoltefaut-Voß

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Gordan Dudas MdL	SPD
Ratsherr Fabian Ferber	SPD
Ratsherr Dirk Franke	SPD
Ratsfrau Sandra Manß	SPD
Ratsfrau Britta Rogalske	CDU

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Frau Zehra Kayis Lüdenscheid	Ditib
---------------------------------	-------

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:20 Uhr

1. Aktueller Sachstand zur Schulwegsicherung am Bierbaum

Vorsitzender Holzrichter führt aus, dass die Schulwegsicherung am Bierbaum bereits in der Sitzung am 21. Juni 2017 vorgestellt worden sei. Der örtlichen Presse sei zu entnehmen gewesen, dass unter Beteiligung von Ratsfrau Dr. Heider nun eine Änderung der seinerzeit vorgestellten Maßnahmen erreicht worden sei.

Ratsfrau Dr. Heider führt aus, dass sie aufgrund der Berichterstattung über die vorgesehenen Maßnahmen nach der letzten Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses von Anwohnern und Eltern angesprochen worden sei. Hauptanliegen der Bürgerschaft sei es gewesen, dass die Kinder seit Jahrzehnten gewohnheitsmäßig die rechte Straßenseite benützten und die Gefährdung der Kinder insbesondere in den Wintermonaten nach Auffassung der Bürger sich durch die vorgestellten Maßnahmen nicht verringern würde. Ratsfrau Dr. Heider führt weiter aus, dass sie sich mit den Anwohnern und Eltern vor Ort die Situation angesehen habe. Ergebnis des Ortstermins sei es gewesen, dass die Bitte an die Verwaltung herangetragen

worden sei, hier eine erneute Prüfung vorzunehmen und im Nachgang alternative Lösungen zu finden.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die Einführung bei Ratsfrau Dr. Heider und bittet Herr Weiland um Vortrag.

Herr Weiland führt aus, dass die in der letzten Sitzung vorgestellte Lösung zur Schulwegsicherung am Bierbaum mit allen Betroffenen und insbesondere mit der Schulleitung und der Polizei abgestimmt worden sei. Es sei der vorgeschlagenen Lösung allseits zugestimmt worden. In dem erneuten Ortstermin mit Ratsfrau Dr. Heider seien die Anregungen aus der Bürgerschaft erneut dargelegt worden. Die Verwaltung habe diese für eine erneute Prüfung mitgenommen. Als Alternative sei nun vorgesehen, den Schulweg über die rechte Straßenseite zu führen. Im Bereich der Einmündung der Straße „Am Räther“ werde eine abknickende Vorfahrt angeordnet. Darüber hinaus würden in diesem Bereich Sperrflächen markiert, die eine Querung für die Schüler sicherer ermöglichen. Diese Alternative habe sowohl die Zustimmung der Schule als auch der Polizei gefunden. Baulich werde der Stadtreinigungs-, Transport und Baubetrieb diese zeitnah umsetzen.

Ratsfrau Dr. Heider bedankt sich insbesondere bei den Herren Weiland und Hayer für die erneute Prüfung und Schaffung der neuen Lösung.

Vorsitzender Holzrichter unterbricht um 17.08 Uhr die öffentliche Sitzung.

Ein Bürger bedankt sich bei Ratsfrau Dr. Heider und Herrn Weiland für die konstruktive Lösungsfindung. Hier werde nun der beste und sicherste Weg für die Kinder zur Schule eingerichtet. Er bedankt sich auch, dass der Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb die Arbeiten an der ersten Lösung habe noch rechtzeitig stoppen können.

Vorsitzender Holzrichter eröffnet um 17.10 Uhr erneut die öffentliche Sitzung.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich bei allen Beteiligten für die schnelle und gute Lösungsfindung. Herrn Weiland dankt er für die Darstellung erforderlichen Maßnahmen, um den Schulweg am Bierbaum sicher zu gestalten.

2. Straßenbenennung einer Erschließungsstraße im Ortsteil "Hulsberg" in "Hulsberger Kopf"
Vorlage: 138/2017

Es wird eine Abstimmung nach Vorlage vorgeschlagen.

Ohne Diskussion empfehlen die Ausschussmitglieder dem Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Erschließungsstraße im Ortsteil „Hulsberg“ in „Hulsberger Kopf“ zu benennen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 18

Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./.

3. Zukünftige organisatorische und räumliche Struktur im Brandschutz und Rettungsdienst der Stadt Lüdenscheid Vorlage: 169/2017

Ratsfrau Mewes führt aus, dass seitens der CDU-Fraktion die Beschlussfassung in Form einer „zustimmenden Kenntnisnahme“ als problematisch angesehen werde. Inhaltlich sei die Beschlussvorlage in der CDU-Fraktion unstrittig. Entweder sollte eine Zustimmung oder lediglich eine Kenntnisnahme erfolgen. Sie regt an, den Beschlussvorschlag dahingehend abzuändern.

Herr Dr. Blasweiler erläutert, dass die Beschlussfassung einer „zustimmenden Kenntnisnahme“ immer wieder Grundsatzdiskussionen auslöse. Im vorliegenden Fall sei dieses jedoch nicht als Floskel zu sehen, sondern die Zustimmung habe hier eine besondere Bedeutung. Diese liege darin, dass eine Zustimmung der Ausschussmitglieder ausdrücklich erlaube, entgegen den bisherigen Überlegungen, eine integrierte Feuer- und Rettungswache zu planen, auch andere Wege zu gehen. Somit werde hier durch Zustimmung ausdrücklich die vorgeschlagene Vorgehensweise befürwortet.

Nach kurzer Grundsatzdiskussion schlägt Vorsitzender Holzrichter vor, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass dem Rat der Stadt Lüdenscheid **empfohlen** werde, dem in der Begründung dargestellten **Maßnahmenplan zuzustimmen** und den **Begriff „Bericht“** in der Beschlussvorlage in **„Begründung“ umzubenennen**.

Ohne weitere Diskussion empfehlen die Ausschussmitglieder dem Rat der Stadt Lüdenscheid mit Stimmenmehrheit bei einer Gegenstimme und fünf Enthaltungen folgenden

Abweichenden Beschluss:

Im Umgang mit den vorliegenden gutachterlichen Gefährdungsbeurteilungen zum Arbeitsschutz an der Feuer- und Rettungswache und den Gerätehäusern der Freiwilligen Feuerwehr legt die Verwaltung den in der Begründung dargestellten Maßnahmenplan vor, dem der Rat der Stadt Lüdenscheid **zustimmt**.

Die in der Beschlussvorlage auf Seite 2 verwendete Überschrift „Bericht“ wird einstimmig in „Begründung“ geändert.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 5

4. Zukünftige Qualifikation im Rettungsdienst der Stadt Lüdenscheid Vorlage: 155/2017

Ohne Diskussion empfehlen die Ausschussmitglieder dem Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Flexibilität der Einsetzbarkeit des verbeamteten Personals der Feuer- und Rettungswache durch die überwiegende Einsetzbarkeit in allen Funktionen des Brandschutzes und des Rettungsdienstes soll unter Berücksichtigung des Rettungsdienstgesetzes und des Notfall-sanitätergesetzes gewährleistet bleiben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

**5. Personelle Besetzung der 10. Funktion im Feuerwehreinsatzdienst
Vorlage: 151/2017**

Es wird eine Abstimmung nach Vorlage vorgeschlagen.

Ohne Diskussion empfehlen die Ausschussmitglieder dem Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

Unabhängig vom derzeit gültigen Brandschutzbedarfsplan wird der Einrichtung einer 10. Funktion für den operativen Einsatzdienst im Fachdienst Feuer- und Rettungswache zugestimmt. Die dafür erforderlichen fünf Planstellen werden im Stellenplan 2018 geschaffen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

**6. Personalmehrbedarf bei der Feuer- und Rettungswache
Vorlage: 161/2017**

Es wird eine Abstimmung nach Vorlage vorgeschlagen.

Ohne Diskussion empfehlen die Ausschussmitglieder dem Rat der Stadt Lüdenscheid folgenden

Beschluss:

1. Aufgrund der beiliegenden Personalbedarfsberechnung wird die Personalsituation der Feuer- und Rettungswache (FuR) in den Wachabteilungen um 4 Planstellen verbessert.
2. Auf Grundlage der beiliegenden Personalbedarfsberechnung wird der Personalbedarf der FuR zukünftig jährlich für den jeweiligen Stellenplan ermittelt.
3. Bei der FuR wird eine zusätzliche Planstelle im gehobenen Dienst geschaffen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

**7. Sirennetzplanung
Vorlage: 158/2017**

Vorsitzender Holzrichter begrüßt Herrn Haase von der Stabsstelle „Krisenmanagement, Veranstaltungsmanagement“ sowie Herrn Paskert vom Büro Bergmann Engineering GmbH und bittet um Vortrag.

Herr Paskert bedankt sich für die Möglichkeit, die vorgesehene Sirennetzplanung für die Stadt Lüdenscheid persönlich vorstellen zu können. Anhand einer PowerPoint-Präsentation stellt er die vorgesehene Technik, die Planungsgrundlagen und den aktuellen Planungsstand vor. Er führt aus, dass die in der Präsentation dargestellten Sirenenstandorte zunächst vorwiegend auf städtischen Gebäuden gewählt worden seien. Berücksichtigt worden seien hier auch die jeweiligen Gebäudehöhen, um mit der jeweiligen Schallausbreitung der einzelnen Sirenen das Stadtgebiet abdecken zu können. Die derzeit geplanten Standorte müssten nun einzeln auf Umsetzbarkeit geprüft werden. Für die Standorte auf Industriegebäuden und Gebäuden der Wohnungsgesellschaften müssten zusätzlich noch entsprechende Einverständniserklärungen eingeholt werden. Die städtische Bauaufsicht werde in diese Prüfprozesse eingebunden.

Ohne Diskussion nehmen die Ausschussmitglieder einstimmig Kenntnis.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

8. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte

8.1. **Aktueller Sachstand der Gespräche zum schriftlichen Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion zur Schaffung von Wohnraum für Auszubildende und Studenten vom 22. Mai 2017 nach der Sitzung vom 21. Juni 2017**

Vorsitzender Holzrichter begrüßt Herrn Aengeneyndt und bittet ihn um Vortrag.

Herr Aengeneyndt führt aus, dass zwischenzeitlich die Gespräche zum schriftlichen Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion zur Schaffung von Wohnraum für Auszubildende und Studenten vom 22. Mai 2017, die in der Sitzung vom 21. Juni 2017 noch ausstanden, geführt seien. Somit könne nun eine abschließende Stellungnahme seitens der Verwaltung erfolgen.

Er führt aus, dass die Südwestfälische Industrie- und Handelskammer (SIHK), der Arbeitgeberverband (AGV) und die Kreishandwerkerschaft zu diesem Thema angeschrieben worden seien. In der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 21. Juni 2017 stand lediglich eine Antwort der Kreishandwerkerschaft noch aus. Hierzu sei nun mitgeteilt worden, dass keine Erkenntnisse über Probleme oder belastbare Nachfragen vorlägen. Darüber hinaus seien zehn Lüdenscheider Wohnungsgesellschaften bzw. Projektentwickler angeschrieben worden. Fünf Gespräche konnten geführt werden.

Als Ergebnisse zum **Wohnraum für Auszubildende und Studenten** könne zusammenfassend folgendes festgehalten werden:

Bei den Gesprächen mit den Wohnungsgesellschaften seien die Anforderungen „zentrale Lage“ und „günstiger Mietzins“ in den Mittelpunkt gestellt worden.

Die Beteiligten stellten fest, dass

- gerade bei kleinen Wohnungen in zentraler Lage in Lüdenscheid ein Wohnungsengpass bestehe, da hier mehrere Mietergruppen auf dem Wohnungsmarkt miteinander konkurrierten (z. B. Flüchtlinge und andere Einpersonenhaushalte). Hier seien daher auch höhere Mieten zu erzielen, da der Bedarf entsprechend groß sei. Eine innenstadtnahe Lage in Kombination mit günstigen Mieten schließe sich daher praktisch aus.
- es dagegen Leerstände (außer Wohnungsgenossenschaft) bei mittelgroßen Wohnungen (2 bis 3 Zimmer; 70 bis 80 m²) in den Randlagen gebe. So stünden aktuell z.B. 35 Wohnungen „Am Hilgenhaus“ von Schwarz & Born leer.
- aufgrund der Lage, der Preise und des Zuschnitts (für Wohnungsgemeinschaften -WG's-) seien diese Wohnungen für die Zielgruppe vermutlich nur bedingt geeignet
- die Bereitschaft an diese Zielgruppen (auch WG's) zu vermieten, überwiegend vorhandensei, allerdings zu marktüblichen Preisen. Vereinzelt seien bereits Wohnungen an Auszubildende und Studenten vermietet.
- die Lüdenscheider Wohnstätten AG (LüWo) aktuell alle neun Wohnungen ihres Angebots für Schüler, Studenten und Auszubildende für maximal 99,99 € vermietet habe, sowie eine Wohnung an eine Studenten-WG.

- eine besondere Nachfrage auswärtiger Auszubildender und Studenten bisher nicht aufgefallen sei. In 2017 hätten sich neun Auszubildende und zwei Studenten an die LüWo gewandt, davon sei nur einer nicht aus Lüdenscheid gewesen.
- Investitionen in Neubau aufgrund der Grundstückspreise und Baukosten als nicht lukrativ angesehen würden bzw. Kaltmieten im Bereich von 8 bis 10 €/m² ergäben. Hinzu kämen die in den letzten Jahren deutlich gestiegenen Nebenkosten, die das Wohnen verteuerten. Somit scheitere günstiger Wohnraum oft an den Nebenkosten.
- Investitionen in den Bestand vorgenommen würden, „wenn es sich lohne“. In der Regel müssten dadurch die Mieten („deutlich über 6 €/m²“) erhöht werden.
- ein Problem zur Schaffung von günstigem Wohnraum in der Einstufung Lüdenscheids beim sozialen Wohnungsbau gesehen werde.
- man gerne auch mit den Arbeitgebern der Auszubildenden bei der Bereitstellung von entsprechendem Wohnraum zusammenarbeiten würde. Nachfragen von dieser Seite habe es aber bisher nicht gegeben.
- es fraglich sei, ob Berufsanfänger überhaupt in der Lage seien, ihre wirtschaftliche Situation bei Anmietung einer eigenen Wohnung zu beherrschen. Die Schaffung eines Beratungsangebots durch die öffentliche Hand sei angeregt worden.
- teilweise auch eigene Mitarbeiter/Azubis aus dem Ruhrgebiet zur Arbeit nach Lüdenscheid kämen. Eine Bereitschaft zum Umzug nach Lüdenscheid sei hier in der Regel nicht vorhanden.
- die Stadt die Möglichkeit habe, über Grundstückspreise, Grundsteuer und ähnliches günstigere Baupreise zu schaffen.

Als Reaktion zu den Angeboten der **Altenaer Baugesellschaft** könne festgehalten werden, dass:

- die Situationen in Altena und Lüdenscheid in keiner Weise vergleichbar seien. Das Angebot der Altenaer Baugesellschaft ergebe sich letztlich aus dem hohen Leerstand in Altena.
- Preisnachlässe für eine bestimmte Zielgruppe grundsätzlich abgelehnt würden, da diese bei überregionalen Gesellschaften gegenüber den Geschäftsleitungen nicht durchsetzbar seien, gegen die Gleichbehandlung der Mieter verstießen oder im Fall der Wohnungsgenossenschaft sogar als „Veruntreuung“ gewertet werden könnten.

Seitens der Verwaltung sei festzuhalten, dass als Ergebnis der Gespräche Handlungsbedarf beim Angebot von kleinen und zentral gelegenen Wohnungen zu einem günstigen Mietzins gesehen werde. Ein entsprechendes Angebot sei von den Wohnungsgesellschaften nicht zu erwarten. Daher sollte dieses Segment bei der Nachverdichtung und Ertüchtigung im innenstadtnahen Bereich im Rahmen der Umsetzung des Handlungskonzepts Wohnen besonders berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang müssten dann entsprechende Fördermöglichkeiten geprüft werden. Eventuell sei dieses im Zusammenhang mit der Regionale 2025 umsetzbar.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich bei Herrn Aengeneyndt für die ausführliche Stellungnahme.

8.2. Aktueller Sachstand zum Antrag der SPD-Fraktion zur Errichtung einer verkehrsberuhigten Zone in der Hochstraße/Werdohler Straße; hier: Nachfrage des Ratsherrn Ferber in der Sitzung vom 21. Juni 2017

Vorsitzender Holzrichter bittet Herrn Hayer um Vortrag.

Herr Hayer führt aus, dass die Zielsetzung des Antrages der SPD-Fraktion eine Förderung der Außengastronomie in der Hochstraße/Werdohler Straße sei. Anhand von Fotos der Örtlichkeit erläutert er, dass dieses in Verbindung mit einem verkehrsberuhigten Bereich nicht ohne weiteres umgesetzt werden könne. Vielmehr müsste hierzu der Verkehr mindestens zeitweise diesem Bereich entzogen werden. Eine Umleitung des Busverkehrs sei hier aus verkehrlicher Sicht nicht wünschenswert, da über die Haltestelle „Wilhelmstraße“ eine direkte Erschließung der Oberstadt durch den ÖPNV gewährleistet werde. Er führt weiter aus, dass das Anliegen des Antrages der SPD-Fraktion vergleichbar mit der Vision Nr. 24 sei. Hierzu gebe es im Rahmen des Integrierten Handlungskonzeptes Altstadt eine Bürgerbeteiligung in Form der Arbeitsgruppe „Hochstraße“. Eine entsprechende Datenerhebung zur Frequentierung der Bushaltestelle in der Hochstraße erfolge in der 37. KW inklusive Freitag und Samstag. Daraus lasse sich ggf. ablesen, bis wann der Busverkehr vor Ort tatsächlich benötigt werde. Dieses Ergebnis werde dann in die Arbeitsgruppe „Hochstraße“ gespiegelt, damit es dort Berücksichtigung finden könne.

Er teilt mit, dass das öffentliche Beteiligungsverfahren der Arbeitsgruppe „Hochstraße“ am 26. September 2017 im Bürgerforum stattfinde.

Er führt weiter aus, dass die in der Arbeitsgruppe „Hochstraße“ erarbeiteten Ergebnisse anschließend in der Verwaltung weiter zu bearbeiten sein, insbesondere um zu prüfen, ob eine Umsetzbarkeit möglich sei.

Ratsherr Voß bedankt sich für die Ausführungen. Dass Überlegungen angestellt würden, wie eine Umsetzung erfolgen könne, sei zu begrüßen. Er regt an, insbesondere die Abendstunden und die Wochenenden in enger Kooperation mit den Anwohnern abzustimmen. Er bittet die Verwaltung um entsprechende Vorstellung der Ergebnisse.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich bei Herrn Hayer für die Ausführungen.

9. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

9.1. Bekanntgaben

9.1.1. Erteilung eines Zuwendungsbescheides zum Ausbau der Straße "Am Brügger Bahnhof" durch die Bezirksregierung Arnsberg

Vorsitzender Holzrichter begrüßt Frau Bräucker von der Stabsstelle Förderung und Finanzen und bittet sie um Vortrag.

Frau Bräucker teilt mit, dass von der Bezirksregierung Arnsberg zwischenzeitlich ein Zuwendungsbescheid über den Ausbau der Straße „Am Brügger Bahnhof“ eingegangen sei. Der Ausbau der Straße werde mit einer Summe von 628.400 € zu 60 % gefördert. Auf Nachfrage von Vorsitzendem Holzrichter bestätigt sie, dass diese Zuwendung dem Antrag entspreche.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die Nachricht.

9.1.2. Sachstand Flixbus-Haltestelle in der Glatzer Straße

Herr Hayer führt aus, dass die Anwohner in der Glatzer Straße im Bereich der Flixbushaltestelle sich bereits öffentlich in der örtlichen Presse über die Beschädigungen und Verschmutzungen ihrer Umlagen beschwert hätten. Es sei beobachtet worden, dass das eigens für den Flixbus aufgestellte Buswartehäuschen nur wenig bis gar nicht angenommen werde. Die Verwaltung habe nun geprüft, wie hier Abhilfe geschaffen werden könne. Ergebnis sei, dass zunächst eine deutliche Beklebung mit dem Schriftzug Flixbus an den Wänden des Wartehäuschens angebracht worden sei. Darüber hinaus sei dort zusätzlich eine Vitrine mit den Fahrplänen montiert worden. Es sei nach kurzer Zeit schon zu beobachten, dass die Wartenden das Wartehäuschen zunehmend nutzten.

Vorsitzender Holzrichter begrüßt diese Lösung. Er bittet jedoch darum, im Buswartehäuschen einen Mülleimer zu montieren, um den möglichen Verschmutzungen der Umlage noch weiter entgegenzuwirken.

Herr Hayer sagt zu, diese Anregung weiterzugeben.

9.1.3. Hinweis auf die Bürgerinformationsveranstaltung zum Straßenausbau der Straße "Am Weißen Pferd" am 07. September 2017

Herr Hayer erinnert an die Öffentlichkeitsbeteiligung zum Straßenausbau der Straße „Zum Weißen Pferd“. Diese finde am Donnerstag, den 07. September 2017, um 19.00 Uhr im Ratssaal des Rathauses statt.

9.2. Beantwortung von Anfragen

9.2.1. Beantwortung der Anfrage des Rats Herrn Ferber in der Sitzung vom 21. Juni 2017 zum Thema "Parksituation im Bereich Kalver Höhe/An der Eveke"

Herr Hayer trägt die in der Anlage beigefügte Beantwortung der Anfrage des Rats Herrn Ferber aus der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 21. Juni 2017 vor.

Ratsherr Voß fragt nach, zu welchem Ergebnis die Prüfung einer grundsätzlichen Schaffung von Parkraum in diesem Bereich gelangt sei. Beispielsweise sei es s.E. denkbar, die Grünflächen zwischen den Mehrfamilienhäusern in Parkflächen umzugestalten. Herr Hayer antwortet, dass die Prüfung sich ausschließlich auf die Nutzung der Parkflächen der Grundschule Kalve für Privatpersonen beschränkt habe.

Ratsherr Voß bittet daher um Nachbesserung und erneute Beantwortung.

Herr Hayer sagt eine erneute Beantwortung der noch offenen Fragen zu.

9.3. Anfragen

ENTFÄLLT

gez. Jens Holzrichter
Vorsitzender

gez. Stoltefaut-Voß
Schriftführerin